



Interview mit Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Landtagskandidatin von Bündnis 90 / Die Grünen im Wahlkreis 41 (Sinsheim)

Charlotte Schneidewind-Hartnagel ist studierte Betriebswirtin, verheiratet und Mutter einer Tochter. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen und im Kreisvorstand Odenwald-Kraichgau.

Charlotte, seit langem das erste mal scheint bei der Wahl im März eine Regierung ohne CDU und FDP möglich, wie ist es dazu gekommen?

Die Politik von CDU und FDP im Bund und im Land ist einfach schlecht. Was sich Schwarz-Gelb in der Energie- und Atompolitik, bei Stuttgart 21 und in der Schulpolitik geleistet hat, empört mich und viele Menschen im Land. Politisch ernten wir Grüne nun die Früchte jahrelanger Arbeit. Wir reden nicht erst seit gestern von zukunftsfähiger, bürger- und umweltfreundlicher Politik. Seit langem entwickeln wir dafür wirkungsvolle Konzepte. Die Bürgerinnen und Bürger denken und handeln viel grüner, als die jetzige Regierung wahrhaben und umsetzen will. Viele sehen, dass die Lobbypolitik der Landesregierung uns allen die Zukunft verbaut. Bei Vielen wächst die Erkenntnis: Die können es nicht!

Stuttgart 21 ist zu einem Symbol dafür geworden, dass die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen nicht mehr hinnehmen wollen, die über ihre Köpfe hinweg gefällt wurden.

Stuttgart 21 ist ein weitgehend unsinniges und aus meiner Sicht auch unseriös gerechnetes Prestigeprojekt, über das sich die Menschen völlig zurecht aufregen. Und die Landesregierung will das nach Gutsherrenart und mit Basta-Politik einfach durchziehen. Dieser Politikstil ist von vorgestern und deshalb ist die Landesregierung gescheitert. Die Schlichtung hat gezeigt, dass das Renommierprojekt der Spätzle-Connection unglaublich viel Undurchdachtes, falsch Konzipiertes und verkehrspolitisch Unsinniges beinhaltet. Mappus hat versucht, das im wahrsten Sinne des Wortes durchzuprügeln, nach dem Motto: Das Volk wählt und wir machen, was wir wollen. Das ist völlig veraltetes Denken und hat aus meiner Sicht entscheidend zu dem Widerstand geführt, den wir erlebt haben und erleben.

Ist S21 nicht vor allem ein Stuttgarter Problem? Was geht uns das in der Rhein-Neckar-Region an?

Durch die Milliarden für Stuttgart 21 wird die Umsetzung wichtiger Bahnprojekte im Rhein-Neckar-Raum gefährdet. Für alle, die mit der Bahn fahren, steht an erster Stelle der 4-gleisige Ausbau der Strecke Heidelberg-Mannheim, die mit einem vom Bundesverkehrsministerium angegebenen Kosten-Nutzen-Faktor von 3,5 die drittsinnvollste Maßnahme im gesamten Bundesgebiet ist. Die bisherige zweigleisige Schienenführung ist der größte Engpass im Rhein-Neckar-Kreis. In Mannheim brauchen wir dringend eine Bahnbrücke um den Güterverkehr mit 200 Güterzügen pro Tag zum Rangierbahnhof Mannheim zu bringen und die Strecke für die Personenzüge zu entlasten. Und wir brauchen dort im Bahnhof ein zusätzliches Bahngleis. Die Finanzierung der nötigen Verbesserungen im Bahnverkehr in unserer Region steht auf dem Spiel, wenn Stuttgart 21 kommt.

Wie würde eine Regierung mit grüner Beteiligung mit S21 umgehen?

Wie wollen Stuttgart 21 verhindern. Unsere Alternative, der Kopfbahnhof, ist besser, ökologischer und preiswerter. Wenn wir am 27. März an die Regierung kommen, werden wir aber nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Ob Stuttgart 21 gebaut wird oder nicht, muss aufgrund der neuen Faktenlage entschieden werden und das Volk muss gefragt werden. Die Hürden für Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und Volksentscheide müssen tiefer gelegt werden. Wir brauchen eine neue Kultur der BürgerInnenbeteiligung und mehr direkte Demokratie.

Auch mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg haben CDU und FDP sich sehr weit von den Menschen entfernt.

Ja und mit den sechs AKWs in Biblis, Philippsburg und Neckarwestheim ist unsere Region regelrecht zugesperrt mit alten unsicheren Atommeilern. Auch in dieser Frage habe ich Mappus als Scharfmacher erlebt. Wir werden alles tun, damit die Laufzeitverlängerung wieder zurückgenommen wird. Alte, hochgefährlichen Meiler, wie z.B. Biblis müssen sofort vom Netz. Der atomare Irrweg muss beendet werden.

Immerhin ist der Schrottreaktor in Obrigheim unwiderruflich abgeschaltet worden. Die strahlenden Reste machen aber immer noch Ärger. Du arbeitest im Aktionsbündnis Atommülllager Obrigheim mit. Was passiert in den nächsten Jahren dort?

Auch der Rückbau einer Atomanlage birgt ein großes Gefahrenpotential. Für die Betreiber sind das ja nur noch Kosten, die ihren Profit schmälern. Also müssen die Bürgerinnen und Bürger und die Politik Druck machen, dass beim Abbau und bei der Verschrottung nicht die Billigvariante durchgesetzt wird, sondern die mit der optimalen Sicherheit. Darum fordert das Aktionsbündnis auch mehr Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Teilgenehmigungen zum Abbau und höchste Sicherheitsstandards bei der Atommülllagerung vor Ort.

Die bisherige Landesregierung hat die Entwicklung der Erneuerbaren, insbesondere der Windenergie derart ausgebremst, dass Baden-Württemberg in diesem Zukunftsbereich das Gegenteil eines Musterländles ist. Kann eine neue Regierung da rasch für Veränderungen sorgen?

Linksrheinisch weht nicht weniger Wind als rechtsrheinisch. Windenergie muss man nur ernten und dafür ist politischer Wille nötig. Es liegt allein an der Politik der Landesregierung, dass in Baden-Württemberg der Windkraftanteil nur bei 0,7 Prozent liegt. In Rheinland-Pfalz sind es 6,5 Prozent. Die Ausweisung von Windkraftstandorten wird nirgends so restriktiv gehandhabt wie in Baden-Württemberg. Die Investitionsbedingungen für Windkraft in Baden-Württemberg sind immer noch miserabel. Dadurch werden nicht nur umweltfreundliche Energiepotentiale verschwendet, sondern auch regionale Wirtschaftschancen und Arbeitsplätze. In der Regierung werden wir dafür sorgen, dass diese zukunftsvergessene Behinderung aufhört.

Was ist denn von Mappus' EnBW-Deal zu halten?

Ich empfinde das Vorgehen als unglaublichen Skandal. Wo sind wir denn, dass ein Ministerpräsident am Parlament vorbei über 5,9 Milliarden verfügt? Das ist ein Sechstel des Landeshaushalts! Soweit ich den Vorgang kenne, ist er wirtschaftlich zweifelhaft und es riecht nach Vetterleswirtschaft.

Die Grünen haben für eine neue nachhaltige Wirtschaftspolitik das Konzept eines Green New Deal entwickelt. Kannst Du das kurz skizzieren?

„Green New Deal“ beschreibt eine Perspektive, die Wohlstand sichert, die Umwelt schont und für Deutschland mit Blick auf die Märkte verantwortungsvolles Wachstum erzeugt. Die bisherige Wirtschaftspolitik im Land stärkt viel zu oft veraltete Strukturen, die immer weniger Menschen beschäftigen und Produktion in Billiglohnländer verlagern. Wir wollen das Land dagegen zu einem ökologischen Technologiestandort machen. Unsere Zukunftsfelder sind nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz, IT, Gesundheit und Pflege. Gemeinsam mit innovativen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, ForscherInnen und einer kritischen Öffentlichkeit wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen legen. Und wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Denn gerade Handwerker, Landwirte, Selbstständige und die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort schaffen verlässlich Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie gute Versorgungsstrukturen. Sie sind oft die Keimzellen neuer Entwicklungen.

Green New Deal hat auch eine soziale Komponente, die sich deutlich von der hartleibigen Wirtschaftslobby-Politik von Mappus und Co unterscheidet.

Wenn die Wirtschaft ihre Beschäftigten nur noch als auswechselbare Rädchen sieht, gibt es Verwerfungen. Nicht Geld soll die Welt regieren, sondern der Wille, die Wünsche und die Visionen von Menschen. Deshalb darf es z. B. Kinderarmut in unserem reichen Land nicht geben. Armut trotz Arbeit ist unwürdig, das darf nicht mit einem Achselzucken hingenommen werden. Wer erwerbstätig ist, muss auch davon leben können. Um Lohndumping zu verhindern, fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn für alle, ergänzt um branchenspezifische Mindestlöhne. Vor allem die klassischen Frauenarbeitsplätze können damit einen Schritt zur Lohngleichheit machen. All dies ist in dem schwarz-gelben Szenario völlig unterrepräsentiert. Um Geringverdienende zu entlasten, wollen wir eine Bürgerversicherung und die Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln. Für kleine Einkommen sollen die Beitragssätze langsam schrittweise ansteigen. Erst ab einem Gehalt von 2.000 Euro fallen dann die vollen Sozialabgaben an. Das Ziel: Menschen mit niedrigen Einkommen haben mehr Netto vom Brutto in der Tasche und das ist gut für alle.

Das traditionelle und rückwärtsgewandte Familienbild der CDU stößt sich inzwischen ziemlich heftig mit der Realität. Da ist riesiger Reformbedarf

Die CDU versteht nicht, dass die Veränderungen der Familien eine neue Balance zwischen Berufstätigkeit, Leben mit Kindern und Betreuung von pflegebedürftigen Personen braucht. Und zwar für Frauen und für Männer, für Alleinerziehende und für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, für Verheiratete und für Unverheiratete oder für Patchworkfamilien. Familienleben und existenzsichernde Berufstätigkeit dürfen sich nicht länger ausschließen. Wir brauchen neue Rahmenbedingungen damit sich Väter und Mütter ohne Diskriminierung die Arbeit teilen können, wenn sie es wollen. Die Betreuungsinfrastruktur wollen wir so ausbauen, dass Eltern tatsächlich die Wahl haben, zu Hause zu bleiben oder erwerbstätig zu sein, Vollzeit oder Teilzeit zu arbeiten. Jede und jeder muss die Chance auf Rückkehr in den Beruf haben. Die Kombination von existenzsichernder Berufstätigkeit, Familienarbeit und Familienleben muss selbstverständlich werden.

Ein weiterer Kristallisationspunkt der Kritik an CDU und FDP ist die Bildungspolitik. Was hat Schwarz-Gelb da falsch gemacht?

Unser Bildungssystem ist strukturell veraltet und alle Reformen der Vergangenheit haben den Kern des Problems nicht aufgelöst. Äußeres Zeichen diese Flickwerk-Politik sind immer neue Spielformen des alten dreigliedrigen Schulsystems. Trotz guter Modelle z.B. in Skandinavien halten die schwarz-gelben Bildungspolitiker aus ideologischen Gründen krampfhaft am dreigliedrigen Schulsystem fest. Die neuerdings propagierte Werkrealschule ist ja auch nur ein neues Etikett mit dem alten Inhalt der Hauptschule, aber eine mit Schulschließungen und längeren Schulwegen. Eine wirklich große Schulreform ist unausweichlich. Diese müssen wir vordenken. Aber wir wollen die Kommunen auch selbst entscheiden lassen, welche Schulen für sie die richtigen sind. Große Reformen brauchen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Und wie wollen die Grünen es in der Bildungspolitik besser machen?

Ein Weg den wir anstreben ist, dass die Kommunen selbst entscheiden, welche Schulen sie wollen. Wenn die Menschen vor Ort darüber bestimmen können, werden sich die meisten für kleinere Klassen, Ganztagesbetreuung und wahrscheinlich auch gegen zu frühe Auslese entscheiden. Längeres gemeinsames Lernen stärkt die Sozialkompetenz und eröffnet jedem Kind die Chance auf konsequente und umfassende individuelle Förderung. Wenn wir die Schulen und die Lehrer wirklich stärken, dann können wir davon weg kommen, dass die Herkunft darüber entscheidet, welche Chancen ein Kind hat.

Über die Lebenschancen wird aber bereits vor Schulbeginn ziemlich viel entschieden.

Deshalb gilt dieselbe Förderungsidee für Kindergärten und die Einrichtungen der Kleinkinderbetreuung. Auch in der frühkindlichen Betreuung haben wir riesigen Nachholbedarf. Das Personal muss entsprechend ausgebildet und der gesellschaftlichen Verantwortung gemäß besser entlohnt werden.

Immer mehr Aufgaben werden auf die Kommunen übertragen. Wie sollen sie das finanzieren?

Fortlaufende Gebührenerhöhungen können nicht die Lösung des Finanzproblems der Kommunen sein. Wir fordern eine Mindestfinanzausstattung der Kommunen. Für Aufgaben, die vom Land an die Kommunen übertragen werden, müssen die entsprechenden Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden. Hier gilt das Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt – bezahlt“. Das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich muss angepasst werden, damit die Kommunen für Kindergartenförderung, Förderung der Kleinkindbetreuung und für die seit Einführung der Werkrealschule teurer gewordene Schülerbeförderung einen Kostenausgleich erhalten. Zudem brauchen Städte und Gemeinden neue Einnahmequellen. Wir Grüne denken dabei an eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und eine ökologisch ausgerichtete Grundsteuer C.

Baden-Württemberg wird seit Jahrzehnten von der CDU regiert. Da sind einige Verkrustungen aufzubrechen.

Die CDU hat hier jahrzehntelang fast alle Ebenen dominiert. Da entstehen Seilschaften, verknöcherte Strukturen und auch eine Gewöhnung, dass die eigene Blick auf die Dinge der einzig richtige Blickwinkel ist. Aus meiner Sicht haben CDU und FDP die Veränderungen in der Gesellschaft nicht richtig mitbekommen. Sie haben das Zuhören verlernt. Der Politikstil den wir beispielhaft als Reaktion auf die Proteste gegen Stuttgart 21 erlebt haben, ist dafür ein Beispiel. Die Menschen sind viel mündiger und selbstbewusster, als dies die Oberen in CDU und FDP für möglich halten. Bürgernähe als leere Phrase war gestern. Die Menschen wollen, dass ihnen PolitikerInnen nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe begegnen. Das Volk ist kein Stimmvieh, sondern der Souverän.

Du hast Chancen, als erste Grüne aus dem Wahlkreis 41 Sinsheim ein Abgeordnetenmandat zu erlangen. Hast du regionale Projekte, für die Du dich im Landtag einsetzen wirst.

Ich sehe mich als Anwältin für alle nachhaltigen und innovativen Projekte in der Region. Es gibt so viele engagierte Menschen in diesem Wahlkreis, denen immer wieder Steine in den Weg gelegt werden. Ich will die guten Ideen fördern, die Bürgerinitiativen, die Genossenschaftsprojekte und die Betriebe, die in Sachen Energiewende, beim Schutz der Menschenrechte oder mit partnerschaftlicher Mitarbeiterführung und familienfreundlichen Konzepten auf dem Weg sind. Engagierte Menschen sind das Fundament der Demokratie. Wer seine Kraft einsetzt, um ökologische, soziale oder demokratische Wege zu gehen oder zu erproben, muss ermutigt werden. Eine grüne Regierung wird da neue Pfade erschließen und ich möchte für unsere Region dabei sein.

Du hast Dich seit Jahren engagiert für Frauenrechte eingesetzt. Spielt das bei Deiner Kandidatur eine Rolle?

Das spielt nicht nur bei meiner Kandidatur eine Rolle sondern wird auch ein wichtiger Aspekt für meine weitere politische Arbeit sein. In allen Politikbereichen gibt es frauenpolitische Schwerpunkte. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist gerade in Baden-Württemberg noch lange nicht umgesetzt, auch das eine Folge der 57 Jahre CDU-Regierungen. Da braucht es für eine Veränderung grüne Politik, denn in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit sind wir allen anderen Parteien weit voraus. Als Mutter einer 18jährigen Tochter und Tochter einer 81jährigen Mutter, weiß ich aus eigener Erfahrung und Anschauung, was wir für eine zukunftsfähige Bildung und Betreuung unserer Kinder brauchen und welche Änderungen wir in der Altersvorsorge und Pflege unserer Eltern benötigen, um Berufs- und Familienleben für Frauen und Männer in Balance zu bringen.

Das Gespräch führte Rolf Gramm im Januar 2011.